

«Aktionäre haben keine Treuepflichten»

Peter Brabeck zu einigen Problemen der Corporate Governance

An einem Anlass der auch ihm gegenüber oft kritischen Stiftung Ethos hat Nestlé-Chef Peter Brabeck sich gegen den Alleinvertretungsanspruch einzelner Gruppen gewehrt. Gleichzeitig sieht er sich mit Ethos in Sachen Dispo-Aktien und «securities lending» in einem Boot.

G. S. Bern, 21. September

Es war ein brillanter Auftritt, den Peter Brabeck am sogenannten Ethos Day hatte, einer Veranstaltung der Stiftung Ethos in Bern aus Anlass ihres zehnjährigen Bestehens. Der Präsident und CEO von Nestlé überschattete alle, die nach ihm sprachen, Matt Christensen vom European Sustainable and Responsible Investment Forum in Paris, Simonetta Sommaruga von der Stiftung für Konsumentenschutz und Christoph Stückelberger, Professor für Ethik an der Universität Basel, mit der Dichte und Direktheit seiner Überlegungen, die nicht ganz frei von Selbstkritik waren.

Der Verwaltungsrat als Vermittler

Brabeck widmete sich zunächst den verschiedensten Anspruchsgruppen, mit denen Nestlé den Dialog pflege und sich so ein Reputationskapital schaffe, von dem das Unternehmen in vielfältiger Weise profitiere. Angesichts der Grösse sei dies besonders wichtig, denn je grösser man sei, umso eher und öfter werde man angegriffen. Das Hauptaugenmerk der Ausführungen des Chefs des grössten Schweizer Industriekonzerns galt jedoch den Aktionären, also den Eigentümern, denen ein Unternehmen immer primär verpflichtet sei.

Ein erster, zentraler Gedanke war dabei jener, dass Aktionäre nach schweizerischem Recht keinerlei Treuepflichten gegenüber der Gesellschaft hätten. Sie könnten kurzfristigen Partikularinteressen nachgehen und sogar Konkurrenten sein. Das mache die geforderte Gleichbehandlung und Gleich-Information aller Aktionäre manchmal schwierig. Ausserdem müsse der Verwaltungsrat die lange Frist im Auge haben und zwischen den Sonderinteressen der verschiedenen Aktionärsgruppen ausgleichen. Es könne denn auch nicht einen Alleinvertretungsanspruch einer einzelnen Gruppe geben. Selbst Corporate Governance stehe nicht bei allen Aktionären zuoberst auf der Prioritätenliste, wie die über 30% unregistrierten Dispo-Aktien bei Nestlé belegten.

Im gleichen Boot mit Ethos

Ein zweiter Gedanke betraf die Pensionskassen und Fonds sowie die sie beratenden Institutionen, darunter Ethos. Sie hätten erhebliche Einflussmöglichkeiten. Dem müsse eine entsprechend hohe Verantwortung gegenüberstehen, vor allem eine gute eigene Corporate Governance mit ausreichender Transparenz und Vermeidung oder zumindest Offenlegung von Interessenkonflikten. Bei einigen Problemen der Stimmrechtsausübung durch die Aktionäre – dies ein dritter Gedanke – sieht sich Brabeck ganz explizit im gleichen Boot wie Ethos. So müsse man auf Gesetzesebene die Flut der unregistrierten Dispo-Aktien eindämmen. Durch sie werde es nämlich möglich, Anteile ohne Wissen der Gesellschaft aufzubauen. Ferner werde der für eine effektive Beherrschung nötige Prozentanteil drastisch reduziert, und einige Gesellschaften, darunter Nestlé, würden wegen der hohen Quoren in den Statuten handlungsunfähig.

Das sogenannte Nominee-Modell von Economie-suisse sei ein gangbarer Weg. Das «securities lending» verletze gemäss Brabeck das Prinzip «One share, one vote»; der Borger komme viel billiger zu einem Stimmrecht als der Aktienkäufer. Die Proportionalität zwischen wirtschaftlichem Interesse und Stimmrecht werde aufgehoben. Im Extremfall könne es sogar zum «double voting» kommen. Durch den Einsatz weitgehend unregelter Derivate lasse sich das ökonomische Risiko einer Aktie schliesslich ganz vom Stimmrecht trennen; es komme zum «empty voting».

Bemerkenswert hart, wenn auch selbstverständlich nicht im «Heuschrecken»-Jargon, ging der Nestlé-Chef mit Hedge-Funds und Private-Equity-Gesellschaften ins Gericht. Hier würden oft – in Shareholder-Value-Argumente verpackt – kurzfristige Eigeninteressen verfolgt. Dem müsse der Verwaltungsrat langfristig orientierter Unternehmen wehren, indem er Schwachstellen rechtzeitig selber anpacke. Private-Equity-Gesellschaften betonten zwar ihre Langfrist-Orientierung, aber für ein Unternehmen mit 140-jähriger Geschichte sei ein Zeithorizont von 3 bis 5 Jahren immer noch ziemlich kurzfristig.

Rücktritt als Ehrensache

In der Diskussion betonte Brabeck, er sei zwar im Prinzip gegen das Doppelmandat, es habe aber gute Gründe gegeben, dass er einige Jahre beide Funktionen ausgeübt habe – wie auch schon einige seiner Vorgänger. Es sei leider nicht gelungen, das gut zu kommunizieren. Auch bedauerte er, dass es 2005, als sich Ethos gegen das Doppelmandat wandte, keinen Dialog zwischen den beiden Seiten gegeben habe. Seine «Rücktrittsdrohung» im Fall einer Niederlage an der Generalversammlung 2005 sei ihm als arrogant ausgelegt worden, während er einen Rücktritt als Ehrensache angesehen habe. So sei das in seinem Heimatland Österreich üblich. Etwas überraschend, aber im Gespräch glaubhaft wirkte die Aussage, dass er, von vielen als besonders machtbewusster Manager wahrgenommen, die Macht eher auf der politischen Seite und bei den Aktionären sehe, nicht bei sich selbst, zumal Nestlé ohnehin nicht von einem Mann, sondern sehr dezentral geführt werde.

«Reflexe» Seite 32